Sonntags-Nummer: 30 Pfennig

Heute mit Bilder-Kurier

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis einschl. Bilder- u. Bilder-Kurier: Durch die Post in Deutschland monatlich 5.50 Mk. Ausland 6 Mk. einschl. Porto. Erscheint tägl. mehrmals. Höh. Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftl., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811, Fernspr. 17089-17092) ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: Für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12spaltige 34 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Pfennig. Familienanzeigen von Privaten mm-Zeile sechs Pfennig. — Gelegenheitsanz., Stellengesuche, Reklamezeilen, Rabatte usw. nach Tarif. Für fernm. Aufträge mit R. L. J. Sonderbedingungen. Platz- u. Datumvorschrift. unverbindl. Erfüllungsort u. Gerichtsstand Leipzig (Amtsger. Leipzig). Postscheck-Kto. Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig.

Nr. 295 — Leipziger Schriftleitung: Johannisgasse 8, Fernsprecher 70811. Berliner Schriftleitung: Leiterr v. Stein-Str. 5 (II) Tel. Steinplatz 4100 u. 9058 — Sonntag, den 25 Oktober 1925 — Dresdner Schriftleitung: Dresden-A., Sidonienstr. 3, Fernsprecher 32500 — 119. Jahrg.

Abmarschbefehl an die englische Besatzungsarmee

Die Räumung Kölns wird vorbereitet

London, 24. Oktober.

Wie das Reuter-Büro aus Köln meldet, hat das Hauptquartier der englischen Truppen, die den größten Teil der Kölner Zone besetzt halten, den Befehl erhalten, die baldige Uebersiedlung nach Wiesbaden vorzubereiten.

Mit diesem Befehl ist der Anfang dazu gemacht, die Zusagen, die Chamberlain der deutschen Delegation in Locarno gemacht hat, zu erfüllen.

Prüfung der deutschen Antwortnote

Paris, 24. Oktober.

Die gestern vom deutschen Botschafter überreichte Note über die Abrüstung ist am Abend nach ihrer Uebersetzung den alliierten Botschaftern zugestellt worden. Die Botschafterkonferenz wird Anfang der nächsten Woche zusammentreten, um die Note zu prüfen.

Wie der „Petit Parisien" berichtet, hat der Minister des Aeußern Briand gestern mit dem englischen Botschafter Lord Crewe die von Deutschland der Botschafterkonferenz überreichte Note über die Entwaffnung besprochen und sich mit ihm auch über den griechisch-bulgarischen Grenzzwischenfall unterhalten.

Die Regierungskoalition gefährdet

Berlin, 24. Oktober.

Die deutschnationale Presse vermeidet es bei aller Genugtuung über den Beschluß der Landesverbandsvorsitzenden, vom Ausbruch einer Regierungskrise zu sprechen. Bis zur Sitzung der Reichstagsfraktion, schreibt der „Tag", bleibe die innerpolitische Lage noch ungeklärt. Sie müsse aber als äußerst ernst für das Kabinett Luther angesehen werden. Das Blatt vermutet, daß der Reichskanzler versuchen wird, trotz des Beschlusses der Landesverbandsvorsitzenden die Mitglieder des Kabinetts, die der deutschnationalen Volkspartei nahestehen, auf der Linie der bisherigen Politik des Kabinetts festzuhalten. Das würde bedeuten, meint das deutschnationale Organ, daß weitere Entscheidungen des Kabinetts bis zum Abschluß der schwebenden Verhandlungen vermieden werden. Dieser Ausweg sei dadurch besonders zweifelhaft geworden, daß Dr. Stresemann sich gestern abend in Karlsruhe sehr optimistisch auch über das Vertragswerk selbst ausgesprochen habe. Auch die Möglichkeit wird erwähnt, daß der Reichskanzler im Falle des Austritts der deutschnationalen Mitglieder bis zum Zusammentreten des Reichstages mit einem Rumpfkabinett regieren könnte. Die „Deutsche Tageszeitung" versucht, die Wirkung des gestrigen Beschlusses etwas abzuschwächen, indem sie den Gedanken äußert, das Reichskabinett könnte ihn als Rückenstärkung für die weiteren Verhandlungen mit der Entente benutzen. Vom Standpunkt der Reichsregierung, meint das Blatt, braucht dieser deutschnationale Beschluß durchaus nicht ohne weiteres Anlaß zu einer Regierungskrise zu sein. Die „Deutsche Zeitung" ist natürlich begeistert und erklärt, der gestrige Tag sei einer der wenigen Tage der Parlamentsgeschichte Deutschlands, die es verdienen, für denkwürdig gehalten zu werden im nationalen Sinne.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hält an der Ansicht fest, daß eine Krise im gegenwärtigen Augenblick außenpolitisch gefährlich wäre. Die volksparteilichen Organe appellieren an das Verantwortungsgefühl der Deutschnationalen. Mit großer Schärfe protestieren die Blätter der Linken dagegen, daß die Deutschnationale Partei eine solche Krise hervorzurufen im Begriff ist. Falls die Deutschnationalen wirklich aus der Regierung ausscheiden sollten, dann, erklärt die „Vossische Zeitung", wird sich die Regierung dazu entschließen müssen, diesen Reichstag aufzulösen und unter der Parole von Locarno Neuwahlen durchzuführen. Der „Vorwärts" verlangt schleunigste Einberufung des Reichstages, da wirkliche Entscheidung nur das Verhalten der größten Regierungspartei im Plenum des Reichstages selbst sei. Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister haben trotz allem die Pflicht, die Politik des Reiches durch alle Krisen hindurch zu dem Ziel von Locarno hindurchzusteuern.

Das Reichskabinett nimmt Stellung

Berlin, 24. Oktober.

Das Reichskabinett ist heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der neben laufenden Angelegenheiten auch die Lage beraten wurde, die durch den Beschluß des erweiterten deutschnationalen Parteivorstandes geschaffen worden ist. Es fanden dann weitere Besprechungen zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther und den deutschnationalen Fraktions- und Parteiführern statt.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion bremst

Berlin, 24. Oktober.

Zu der gestern abend verbreiteten Meldung über angebliche Rückwirkungen der Entschließung des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei hinsichtlich des Vertragsergebnisses von Locarno erfahren wir von dem Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, daß die maßgebende Entscheidung über diese Frage von der Beschlußfassung der deutschnationalen Reichstagsfraktion abhängt.

*

Die entscheidende Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist jetzt auf Montag nachmittag 6 Uhr einberufen worden.

Hindenburgs Reise nach Hannover verschoben

Berlin, 24. Oktober.

Der Reichspräsident von Hindenburg wollte heute nach Hannover fahren. Er hat seine Abreise auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Aufschub dürfte auf die durch den gestrigen Beschluß der Deutschnationalen geschaffene Lage zurückzuführen sein.

Das Dilemma der Deutschnationalen

L. G. Berlin, 24. Oktober.

Die Schwierigkeiten der Deutschnationalen gegenüber dem Ergebnis von Locarno sind leicht zu verstehen. Sie sind die natürliche Folge eines schwer zu lösenden, wenn nicht völlig unlösbaren Dilemmas. Einerseits nämlich kann sich in den führenden Kreisen auch dieser wie jeder anderen ernst zu nehmenden Partei niemand der Einsicht verschließen, daß die Politik von Locarno die einzig mögliche für uns ist, wenn wir aus einer Isolierung herauskommen wollen, in der wir immer wieder unter den faktisch unwiderstehlichen Druck der in geschlossener Front aufmarschierenden Kriegsgegner genommen wurden. Gab es zwischen diesen auch manchen inneren Streitpunkt, so hatten wir doch keinen Vorteil davon. Jedem, der für die Sprache der Tatsachen das geringste Verständnis hat, ist durch die Ruhrkrise deutlich genug gezeigt worden, daß die Meinungsverschiedenheiten, die bei dieser Gelegenheit zwischen Frankreich und England entstanden, uns keinen Pfifferling genutzt haben. Die englische Politik ging nicht weiter als zu formaler Mißbilligung des französischen Vorgehens, immer mit gleichzeitiger oder rasch nachfolgender Betonung des zwischen den beiden Ländern ungeschwächten, „als Grundlage der europäischen Ordnung" fortbestehenden Bündnisses. Vergleichen wir damit den während und nach der Locarno-Konferenz namentlich von englischer Seite mit offenkundiger Absichtlichkeit herausgestellten Wunsch, daß künftig nicht mehr von „Alliierten" im bisherigen Sinne gesprochen werden solle, so liegt die bedeutungsvolle Aenderung auf der Hand. Jetzt erst hat Chamberlain es wieder vor englischen Pressevertretern gesagt, durch die es sofort auf alle Drähte kam: Das Wort Alliierte solle aus dem Sprachgebrauch der europäischen Diplomatie verschwinden, wie überhaupt jeder Ausdruck zu vermeiden sei, der die Trennung der Nationen während des Krieges verewige. Wir wissen, es ist ein Merkmal von ungemeiner Ueberlegenheit, dergleichen Aeußerungen mit einem skeptischen Lächeln abzutun. Doch übersieht man dabei, daß in diesem Fall das Wort bereits auch die Tat ist. Denn es erschüttert die psychologische Grundlage der Kriegskoalition, deren bisherige Aufrechterhaltung ja auch durch immer erneute öffentliche Erklärungen gestützt werden mußte.

Das alles wissen die deutschnationalen Führer so gut wie jeder andere, der sich die Mühe geben will, fünf Minuten ernsthaft über den Unterschied zwischen Versailles und Locarno nachzudenken. Auch die deutschnationalen Führer sind, wie man aus ihrer Umgebung hören kann, nicht in Zweifel darüber, daß Locarno zwar noch nicht das Ende, aber doch schon ein sehr beträchtliches Stück des einzigen Weges ist, auf dem Deutschland wieder die Möglichkeit einer aktiven Außenpolitik finden kann. Aber die deutschnationalen Führer können sich auch nicht der Erkenntnis entziehen, daß aus der Politik von Locarno, auf die ja geradezu der verpönte Begriff des „Pazifismus" anwendbar ist, das gerade Gegenteil der Geistesverfassung hervorgehen muß, der ihre Partei bisher ihre Erfolge zum großen Teil zu verdanken hatte. Wir glaubten kürzlich, das sozusagen offizielle Ende der Kriegspsychose als das historische Merkmal der Etappe Locarno bezeichnen zu können. Die Deutschnationale Partei aber war von Haus aus die Partei der organisierten Kriegspsychose. Gerade ihre auf wirtschaftlichem Gebiet höchst einseitige Interessenpolitik machte es ihr zum Bedürfnis, auf die Masse der Wählerschaft, die durch hohe Getreide- und Eisenpreise nicht erfreut werden kann, mit anderen Motiven zu wirken, die das Arsenal der Gott-strafe-England-Stimmung, des Hasses gegen den „Erbfeind", kurz der Erregung und Erbitterung gegen die halbe Welt in einer auch für den letzten der „deutschnationalen" Wanderredner bequem zu handhabenden Form lieferte. Wahlversammlungen, die nicht ausschließlich aus Großagrariern und Schwerindustriellen zusammengesetzt waren, konnte man unmöglich durch das Versprechen von Hochschutzzöllen gewinnen, aber man konnte hier mit der Aufstachelung der noch vom Krieg zurückgebliebenen Haßgefühle phantasieren, die durch die Hinlenkung auf alle möglichen „inneren Feinde" zeitgemäß ausgestaltet wurden. Von so „vaterländisch" entflammten Rednern vorgetragen, tat auch der Wahlschwindel mit der hundertprozentigen Aufwertung doppelte Wirkung. Mit einem Wort, die Spekulation auf die den Krieg lange überlebende Kriegspsychose erwies sich als ein äußerst brauchbares und erfolgreiches Mittel der Agitation.

Und auf eine so bewährte Waffe soll man nun verzichten? Die Wählermassen ausschließlich durch nur auf den Nutzen des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie zugeschnittene Wirtschaftspolitik und daneben etwa noch durch die Aussicht auf monarchistischen Umsturz, den außer den vormaligen Fürsten und ihrem unmittelbaren Anhang im Grunde niemand wünscht, zu gewinnen suchen? Auch die Verschleierung des Aufwertungsschwindels mit „vaterländischem" Getue preisgeben? Man begreift ohne weiteres, daß es den für das fernere Gedeihen der Deutschnationalen Volkspartei verantwortlichen Persönlichkeiten äußerst schwer fällt, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Einstweilen hat, wie berichtet wurde, die Parteileitung — Hergt, murmelt man — ein Unannehmbar ausgesprochen, dem jedoch die Reichstagsfraktion — Westarp, flüstert man — die Endgültigkeit abstreitet. Kündigt sich da bereits eine ähnliche Form der Arbeitsteilung an, wie sie gegenüber dem Dawes-Plan so glücklich geübt wurde, und diesmal freilich wegen der dankenden Ablehnung der anderen Parteien nicht wörtlich wiederholt, sondern nur in einer neuen Variation — hie Partei, hie Fraktion — wiederholt werden könnte? Zum Fortschritt der in Locarno eingeleiteten Bewegung zugunsten des besetzten Gebietes kann es auf jeden Fall nicht beitragen, wenn die stärkste Regierungspartei zu erklären scheint: Wir warten auf die Erfüllung der Vorbedingungen eines Vertrages, den wir unter keinen Umständen unterzeichnen werden. Wenn es indessen wahr ist, daß die britische Armee im Kölner Gebiet bereits den Befehl zum Abmarsch erhalten habe, und auch andere „Rückwirkungen" bald in Erscheinung treten werden, so darf man hoffen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland stark genug sein wird, um die Deutschnationalen an ihre Pflicht als Regierungspartei zu erinnern. Mindestens aber darf man den für die weiteren Entschließungen der Deutschnationalen vermutlich nicht unwichtigen Ausgang der morgigen Wahlen in Berlin und in Baden abwarten, ehe man das Problem eines etwaigen Regierungswechsels mit oder ohne Neuwahlen anschneidet.

Der Landesparteitag der sächsischen Demokraten

s. Am heutigen Sonntag treten die sächsischen Demokraten in Dresden zu ihrem diesjährigen Landesparteitag zusammen. Sie werden bei dieser Gelegenheit mit berechtigter Genugtuung feststellen können, daß die politischen Grundsätze der Deutschen Demokratischen Partei sich in zunehmendem Maße als richtig und zweckmäßig herausgestellt haben, so sehr, daß selbst die entschiedensten Gegner sich mehr und mehr zu diesem Grundsatze haben bekennen müssen. Am klarsten liegt dies vor aller Augen auf dem Gebiete der Außenpolitik. Der Vertrag von Locarno bedeutet die Liquidierung derjenigen außenpolitischen Richtung, die von der Deutschen Volkspartei, besonders aber von den Deutschnationalen seit ihrem Bestehen agitatorisch vertreten worden ist und der sie ihre Wahlerfolge verdanken. Gerade diejenigen, die seit jeher den Standpunkt vertreten haben, daß angesichts der durch den Kriegsausgang herbeigeführten machtpolitischen Lage der Wiederaufstieg Deutschlands sich nur auf den friedlichen Bahnen der Verständigung und Verhandlung vollziehen kann, müssen jetzt darauf hinweisen, welch geradezu unglaubliches Doppelspiel von einer Partei betrieben wird, die praktisch sich auf denselben Boden gestellt hat, agitatorisch aber noch wie vor mit dem Gedanken einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung spielt.

Die Deutsche Demokratische Partei hat alle Ursache, deutlich darauf hinzuweisen, daß der Vertrag von Locarno nichts anderes ist als die geradlinige Fortsetzung der Erfüllungspolitik Wirths und Rathenaus, daß sie aber denjenigen schlecht zu Gesicht steht, die jahrelang aus der Verfehmung dieser Politik und ihren Trägern politische Geschäfte gemacht haben. Die Logik der Vernunft und der Tatsachen hat hier eine eklatanten Sieg über eine hemmungslose Agitation der politischen Phrase. Es wird Aufgabe der republikanischen Parteien sein, der Wählerschaft hierüber die Augen zu öffnen und bei dieser Aufklärungstätigkeit fällt der Deutschen Demokratischen Partei eine wichtige, ja entscheidende Rolle zu.

Auch auf dem Gebiet der sächsischen Politik befindet sich die Demokratische Partei in einer günstigen Situation. Es ist klar, daß in einer Regierungskoalition, wie der gegenwärtig in Sachsen bestehenden, nicht restlos alle Wünsche einer Partei verwirklicht werden können. Das jetzige Regime in Sachsen ist ebenso wie jedes andere der Kritik zugänglich und bedürftig. Es hat jedoch das unbestreitbare historische Verdienst, das Land aus einer Periode stärkster politischer Beunruhigung in eine Zeit der politischen Stabilität hinübergeführt zu haben. An diesem Verdienst hat die Demokratische Partei einen wichtigen, man muß sagen einen entscheidenden Anteil. Nicht zum wenigsten ist es ihren unablässigen Bemühungen gelungen, die beiden Flügelgruppen der Koalition, Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei, bei der Stange zu halten und einen radikalen Kurswechsel nach thüringischem Muster zu verhindern. Sie ist keineswegs vor dem Wagnis zurückgeschreckt, das gefährlichste und unpopulärste Ressort, das Finanzministerium, zu übernehmen mit dem Erfolge, daß die aus sehr durchsichtigen Motiven erhobenen Angriffe auf den demokratischen Finanzminister seine Stellung gefestigt, sein Ansehen vertieft haben.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird der gegenwärtige Landtag keines vorzeitigen, sondern eines natürlichen Todes sterben. Aber auch in diesem Falle wird spätestens Ende 1926 die sächsische Wählerschaft an die Wahlurne gerufen werden. Die Demokratische Partei, die sich im Schmiedefeuer der schärfsten Verantwortung als zuverlässige Streiterin der demokratischen Republik, ihren sozialen und kulturellen Aufgaben bewährt hat, kann diesem Waffengang mit voller Zuversicht entgegensehen. Dem heutigen Landesparteitag fällt die Aufgabe zu, das Rüstzeug des politischen Kampfes nachzuprüfen und die großen Richtlinien zu ziehen, unter denen er zu führen ist.

SLUB
Wir führen Wissen.